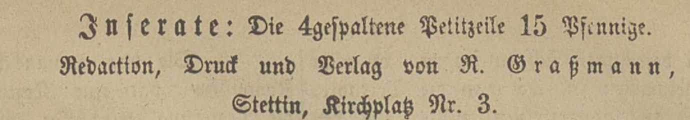
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Freitag, den 11. Oktober 1878. Nr. 476.

Deutscher Reichstag.

9. Plenarsitzung vom 10. Oktober.

Präsident von Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesraths: Hofmann, Dr. Friedberg, von Prollius, Graf zu Eulenburg, Abeken und Andere.

Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Berathung des Gesetzentwurfs gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie.

Erster Redner zu § 1 ist Abg. Hasselmann (Sozialist). Wir haben diese Thatsache längst erwartet, wir wissen längst, daß man mit solchen Ausnahmebestimmungen den berechtigten Forderungen des arbeitenden Volks entgegentreten will. Der Kampf ist eröffnet, wir nehmen ihn auf und werden ihn durchführen mit aller Energie. (Hört! Hört!) Bis jetzt haben Sie nichts erlebt, als eine ruhige, friedliche Agitation; Sie wollen eine solche nicht haben. Was daraus in Zukunft erwachsen wird, das haben Sie sich allein zuzuschreiben. Wenn Sie wünschen, daß es zu Gewaltthätigkeiten kommt — und es scheint dies der Wunsch in der That zu sein — so möge das Blut auf jene Köpfe fallen, die es verschuldet, daß überhaupt Blut fließt. (Hört!) Wir sehen der Ausführung dieses Gesetzes entgegen, ohne dasselbe irgendwie zu fürchten, denn die Sozialdemokratie weiß, daß eine Idee nicht vernichtet werden kann. Der § 1 zeigt, daß man nicht mehr im Stande ist, die Institution eines sogenannten Rechtsstaates festzuhalten, sondern daß man die Maske vollends fallen lassen will. Auf der anderen Seite geht daraus hervor, daß sowohl die Regierung, wie die Kommission und auch der Reichskanzler selbst nicht zu wissen scheinen, was Sozialdemokratie ist. Die gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers haben dies aufs Schlagendste nachgewiesen. Redner geht sodann auf die Aeußerungen des Fürsten Bismarck in Bezug auf Lassalle ein und bestreitet, daß dieser, wie der Reichskanzler behauptet, „Monarchist" gewesen. Er (Redner) sei gerade deshalb ein so eifriger Anhänger Lassalle's geworden, weil dieser zuerst den Muth gehabt, sich öffentlich als Republikaner zu bekennen. Aber nicht die Sozialdemokraten haben die Legitimität erschüttert, sondern Fürst Bismarck selbst, der zuerst einen König vom Throne gestoßen. Der wahre Patriotismus sei nicht da zu suchen, wo man mit Blut und Eisen blutige Lorbeeren auf den Schlachtfeldern sammelt, sondern da, wo man will, daß Friede unter den Nationen geschaffen werde und Wohlergehen im Lande herrsche. Diesen zweiten Grad von Patriotismus besäßen die Arbeiter aller Länder; selbst in jener aufgeregten Zeit des Jahres 1870, wo unter der Führung der Pariser Polizei auf allen Straßen von Paris der Ruf erschollen sei: à Berlin, hätten sozialistische Pariser Arbeiter den Muth gehabt, den Frieden zu fordern. Die weiteren Ausführungen des Redners über Familie und Ehe werden häufig durch den Ruf „§ 1" unterbrochen; nichtsdestoweniger entwickelt der Redner sehr ausführlich seine und der Sozialdemokratie bekannten Ansichten über Ehe und Familie, die nur durch die Sozialdemokratie vor Prostitution geschützt und bewahrt werden könne. Es folgt endlich eine Vertheidigung und Lobrede auf die Pariser Kommune, die jedoch vom Präsidenten als nicht hierher gehörig unterbrochen wird. Weiter wendet sich Redner gegen die Ausführungen Bismarck's und behauptet, daß der Reichskanzler ganz falsche Vorstellungen von den Arbeiterverhältnissen habe; nicht die sozialdemokratische Agitation habe den Arbeiter und den kleinen Beamten der Sozialdemokratie zugeführt, sondern das Verfahren der Regierung nach dem Satze: „Wer da hat, dem wird gegeben, und wer da nicht hat, dem wird auch das genommen, was er hat." Die Sozialdemokratie sei nichts als ein Nothschrei des Proletariats, welches nach Besserung der heutigen Verhältnisse strebt, und wenn die heutigen Zustände so verzweifelte seien, so liege dies an der planlosen Produktionsweise. Die heutige Gesellschaft beruhe auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, das Sklaventhum in einer andern Gestalt. Redner führt dann weiter diesen Gedanken aus und sucht an dem Beispiele der Staatsbergwerke den Nachweis zu führen, daß das arbeitende Volk auf eine ernste Hilfe seitens der Regierung niemals rechnen dürfe. Dieselbe habe auch nichts gethan, sich das Vertrauen der Arbeiter zu erwerben, vielmehr sei ihr Bestreben stets darauf gerichtet gewesen, die Freiheiten der Arbeiter nach Möglichkeit zu beschränken. Wir wollen, schließt Redner, das Volk nicht zu einem offenen Kampfe treiben, wir proklamiren nicht die offene Gewalt, Sie aber wollen das Proletariat ächten. Wenn man das Volk zur Verzweiflung bringt, dann wissen wir, wo unser Platz ist, wir sind bereit, nöthigenfalls für unsere Sache unser Blut zu lassen. Ich und alle meine Freunde werden, wenn es sein muß, auf der Bresche stehen und ...

Präsident: Der Redner, glaube ich, überschreitet mit seinen Ausführungen die Grenze der parlamentarischen Redefreiheit. Das ist die direkte Provokation zum Aufruhr. (Sehr richtig!)

Abg. Hasselmann: Dem gegenüber erinnere ich nur an die Rede des Fürsten Bismarck, der da erklärte: Wenn wir in einer Gesellschaft von Banditen leben, dann muß man den Dolch schleifen rc. — Wir schleifen keinen Dolch; wenn wir mit Jemand kämpfen, dann überfallen wir ihn nicht meuchlings, dann kämpfen wir Brust an Brust; wenn man uns mit Bajonetten angreift, dann werden wir ...

Präsident: Ich wiederhole, das ist die direkte Aufforderung zum Aufruhr (Lebhafte Zustimmung). Ich rufe deshalb den Herrn Redner zur Ordnung. (Lebhafter Beifall.)

Redner fortfahrend: Ich provocire nicht, sondern wir sind dazu provocirt worden. Ich habe wiederholt gesagt, daß ich den Weg des Friedens vorziehe, aber ich bin auch bereit, mein Leben für die Sache zu lassen, und Fürst Bismarck möge auch einmal an den 18. März 1848 denken. (Große Unruhe und Lärm. Der Redner verläßt in großer Aufregung die Tribüne.)

Abg. Dr. Löwe (Bochum): Die Rede des Vorredners habe ich mit eben so viel Aufmerksamkeit als Ermüdung angehört. Es ist doch merkwürdig, wie die Sozialdemokraten über unseren Polizeistaat, wie sie es nennen, klagen und doch darauf ausgehen, einen Staat zu schaffen, wo Allen das gleiche Pensum an Arbeit und Nahrungsmitteln zugemessen wird, gleichviel was Jeder leisten kann und will nach seiner verschiedenen Muskel- oder Hirnkraft. Freilich habe ich von der letzteren in den Worten des Redners nichts wahrgenommen. (Heiterkeit.) Der Staat, den er uns in Aussicht stellt, würde allen bald zur Hölle werden, und die schlimmste Reaktion wäre noch ein Paradies gegen den sozialdemokratischen Staat. Er (Redner) habe sich von Jugend an durch's Leben durcharbeiten müssen, und deshalb könne er die Deklarationen, die jetzt über Arbeit und Armuth zum Besten gegeben werden, ruhig anhören. Er habe die Entwickelung unserer sozialen Verhältnisse seit 40 Jahren mit Aufmerksamkeit verfolgt, er habe die Wohnungen der Arbeiter damals gesehen und heute und könne versichern, daß kein Stand sich in seinen ganzen Genüssen so gehoben hat, als gerade der sogenannte vierte Stand. (Sehr richtig.) Wenn irgend Jemand Ursache zur Klage habe, so seien es der kleine Bürgerstand, die kleinen Beamten, die Lehrer und Geistlichen, die Aerzte mit geringer Praxis u. s. w. Der Vorredner stelle die Sozialdemokratie so dar, daß man mit dem Dichter sagen könnte: „Dies Kind, kein Engel ist so rein, laßt's eurer Huld empfohlen sein!" (Heiterkeit.) Wir haben keine eigentliche Definition der sozialdemokratischen Bestrebungen gehört, sondern nur eine Beschreibung des krankhaften Zustandes. Redner kennzeichnet das Bestreben der sozialdemokratischen Agitatoren, den sogenannten vierten Stand hermetisch abzutrennen von allen anderen, um so jeden Einfluß von anderer Seite, ja jede Diskussion unmöglich zu machen. Und dabei hätten die sozialdemokratischen Führer nur solche Vorschläge zur Besserung der Lage der Arbeiter zu machen vermocht, die ein Abklatsch waren der Bemühungen volksfreundlicher Männer aus anderen Lagern. Diese verdienten Männer hätten allezeit die wüthendsten und verleumderischsten Angriffe seitens der sozialdemokratischen Führer auszuhalten gehabt, in erster Reihe Herr Dr. Schultze-Delitzsch, auf den die sozialdemokratischen Wanderlehrer förmlich abgerichtet worden seien. Und Herr Dr. Schultze-Delitzsch habe in seinen Genossenschaften etwas geschaffen, das weit wirksamer und idealer sei, als selbst die vom Staate unterhaltenen Produktiv-Genossenschaften, wie die Sozialisten sie anstreben. Der Staat sei gar nicht im Stande, so viel Millionen aufzubringen, als im Genossenschaftswesen jetzt cirkuliren. Und besonders müsse hervorgehoben werden, daß der Begründer des Genossenschaftswesens, obwohl selbst Fortschrittsmann, doch stets entschieden dagegen gearbeitet habe, die Genossenschaften zu Parteizwecken auszubeuten. — Was uns in Deutschland namentlich fehle, das sei das gemeinschaftliche Gemeingefühl, welches keine Klassengegensätze kennt. Bei uns fühle selbst der gutartige Arbeiter, der dem Armen und Gebrechlichen gern beisteht, eine Art Haß gegen den Besitzenden, den Wohlgekleideten. In Frankreich sei das ganz anders, und darum sei eine soziale Revolution dort ganz unmöglich. Das vorliegende Gesetz, welches man ein Ausnahmegesetz nenne, habe nur den Zweck, die Arbeiter von dem Terrorismus der sozialdemokratischen Agitatoren zu befreien. Wenn bei ausbrechenden Strikes einem Arbeiter, der gern weiter arbeiten möchte, gesagt wird: „Wenn Du das thust, zerschlagen wir Dir die Knochen im Leibe", so liegt darin eine weit ärgere Beschränkung der persönlichen Freiheit, als dieses Gesetz zur Folge hat, und das um so mehr, als bei Vergewaltigungen der erwähnten Art erfahrungsmäßig sich niemals Zeugen finden. Wenn Sie die sozialdemokratischen Pläne ansehen, soweit dieselben überhaupt bekannt geworden sind, so finden Sie nichts, das nicht auch in anderen Kreisen erwogen würde; wenn man aber nach der Theorie des Vorredners die Arbeiter-Associationen organisiren wollte, was würde anders die Folge sein als der Krieg mit anderen Nachbarstaaten? Zum Theil aber sind sogar die Herren selbst nicht mit sich einig, wie sie einzelne Probleme lösen sollen. Ich glaube, das beste Programm zur Beseitigung der Sozialdemokratie ist das, wenn wir mehr Grundbesitzer schaffen, in den Städten wie auf dem Lande, denn sonst wird gerade auf letzterem die soziale Gefahr sehr groß. Im preußischen Abgeordnetenhause hat namentlich Herr Sombart diese Frage angeregt, und die Regierung hat sich nicht ganz ablehnend dazu ausgesprochen. Ein weiteres Mittel zur Hebung des Arbeiterstandes ist die sittliche Hebung und Besserung seiner Glieder, die Zweck vieler Bildungs-Vereine ist. Auch den privaten Vereinen, als da sind Erwerbs-Genossenschaften, Konsum-Vereine und dergleichen, fällt eine wichtige Rolle zu. Deshalb muß aber auch dafür gesorgt werden, daß sie nicht von diesem Gesetze getroffen werden können. Der Redner schließt mit dem Ausdrucke der sicheren Zuversicht, daß Deutschland die große Kraft besitze, die nöthig ist, um den gefährlichen inneren Feind niederzuhalten. (Lebhafter Beifall rechts und links.)

Abg. Winterer (Elsässische Protestpartei) kann behufs Kennzeichnung der Stellung seiner Partei nur auf die Lage hinweisen, in der sich Elsaß-Lothringen bereits seit 7 Jahren unter der Diktatur befinde. Der § 10 des Diktatur-Gesetzes (Beschränkung der Presse rc.) sei eine Geißel für das Land, eine Parteiwaffe in den Händen der Machthaber geworden, und nur der eminent friedfertige Charakter des Volkes habe Excesse bisher verhindert. Dieselbe Natur eines Ausnahme-Paragraphen biete der § 1 des Sozialistengesetzes; nur sei er noch unendlich unbestimmter und unklarer; seine (Redners) Partei könne deshalb nur gegen denselben stimmen. Er habe stets die Bestrebungen des Sozialismus in jeder Form auf's Energischste bekämpft; gleichwohl habe im Anfang dieses Jahres der Oberpräsident ihm die Gründung eines Blattes untersagt und darüber nach Berlin telegraphirt. Im Weiteren kritisirt Redner das Verfahren der Behörden im Elsaß bezüglich der Handhabung des Vereins- und Versammlungs-Gesetzes; 1874 hätte man im Elsaß sozialistische Versammlungen ungestört gewähren lassen, während Versammlungen und selbst geistliche Zusammenkünfte der Protestpartei auf das Aergste chikanirt worden seien. Der Sozialismus habe im Elsaß verhältnißmäßig sehr geringen Anhang, das habe seinen Ursprung darin, daß der Fabrikant ein christlicher Fabrikant und die Arbeiter christliche seien, ein christlich gesinnter Arbeiter werde nie zum Sozialismus übertreten. Zum Schluß richtet Redner die dringende Aufforderung an die Regierung: sie möge die reichsländischen Zustände zu bessern suchen und vorhandene Uebelstände beseitigen. Dann erst könne es besser werden. Abg. Bebel habe hier einmal gesagt: „Wir Sozialdemokraten sind Todfeinde der Ultramontanen", er sage nicht umgekehrt, seine Partei sei der Todfeind der Sozialdemokraten, wohl aber der Todfeind der Sozialdemokratie, denn sie sei die absoluteste Negation alles dessen, was einem gläubigen Gemüthe immer heilig ist. (Beifall im Centrum.)

(Fürst Bismarck tritt in den Saal.)

Abg. v. Bennigsen: Die jetzige Vorlage und vor allem auch § 1 unterscheidet sich wesentlich von der Vorlage des Frühjahrs, sie ist sorgfältig durchgearbeitet und will nur die unerlaubten sozialdemokratischen Bestrebungen treffen nach den ausdrücklichen Erklärungen des Vertreters der Regierungen in der Kommission, nur solche Bestrebungen, welche auf den Umsturz des Wortlaut gerichtet sind, während wenigstens unter dem Bestehenden der Frühjahrs-Vorlage auch wissenschaftliche Untersuchungen, humanitäre Bestrebungen, praktische Beförderungen von Arbeiter-Interessen rc. fielen. Es werden in diesem Gesetze nicht die Bestrebungen der Sozialdemokraten als solche bekämpft, sondern nur in so weit, als sie erkennbar sind als eine große Gefahr und dieses Kriterium der Gefährlichkeit, die Tendenz des Umsturzes, spricht § 1 aus. So kann man wohl von einem Spezialgesetz, aber nicht von einem Klassen- oder Parteigesetz reden. Wir dürfen nach der gestrigen Erklärung des Herrn Reichskanzlers wohl annehmen, daß die Kommissionsbeschlüsse Aussicht haben, Gesetz zu werden, und nun fragt es sich, ob denn alle die Angriffe gerecht sind, welche hier von den Herren gegen das Gesetz erhoben werden, die sich als die alleinigen Vertreter der Arbeiter geriren. Die wissenschaftliche Behandlung wirthschaftlicher Fragen wird immer erlaubt sein und bleiben müssen; auch die Frage der Produktiv-Associationen gehört dazu, und Niemand von uns wird garantiren können, daß die heutige kapitalistische Produktion die letzte mögliche Form des Erwerbes ist. Fiele heute der Schleier vor einem künftigen Staats- und Privatrecht, so würden wir vielleicht mehr staunen, als Zeugen vergangener Jahrhunderte vor unseren Zuständen. Solche wissenschaftlichen Erörterungen wollen wir zulassen, auch wenn sie uns vielleicht unbequem sind. Dasselbe gilt auch von vielleicht weitgehenden Versuchen, die Lage der Arbeiter zu bessern, also ihren Antheil am Arbeitsertrage zu erhöhen. Denn nicht Wissenschaft, nicht Humanität ist es, was wir bekämpfen, sondern der revolutionäre Charakter, den die sozialistische Agitation bei uns angenommen hat. Wir haben ja heute eine Probe solcher Beredtsamkeit gehört, und erwägen Sie, wie aufreizend und gefährlich eine solche Rede werden kann in einem sozialdemokratischen Vereine, dessen Mitglieder Arbeiter sind, denen der weite Blick fehlt, um das politische Gebiet zu überschauen. — Den Arbeitern wird jede Hoffnung auf Besserung geraubt und darin liegt das Gefährliche, in der Unzufriedenheit und Hoffnungslosigkeit. Mit Recht hat gestern der Herr Reichskanzler die Momente hervorgehoben, die bei uns seit 1870 das Anwachsen der Sozial-Demokratie ermöglichten. Ich möchte den angeführten Gründen einen neuen hinzufügen, daß noch niemals einem Volke so enorme Aufgaben auf finanziellem Gebiete zugewiesen waren, wie unserem Volke nach 1870, das hat die Anschauungen des Einzelnen und seinen Maßstab wesentlich verändert und den Boden für die Agitation fruchtbar gemacht. Sehen wir beispielsweise nach England. Dort hat das kapitalistische Produktionswesen einen größeren Umfang wie hier, der Grundbesitz ist sehr gefährlich in wenig Händen vereinigt und dennoch hat dort die sozialdemokratische Agitation keinen Boden mehr und ist noch schneller vergangen als sie kam. Und doch wohnt Herr Marx dort, der das sozialistische Centrallicht entzündet hat, von dem alle unsere Agitatoren ihre Leuchte erst entzünden, selbst Lassalle nicht ausgenommen. Diese Einflußlosigkeit erklärt sich daraus, daß im Gegensatz zu unsern Verhältnissen der Arbeiter in England durch Handwerks-Associationen sich in der Lage weiß, seinen Arbeitsantheil zu heben und durch diese Aussicht des Arbeiters ist der Agitation in England der Boden entzogen. So ist dort der friedliche Weg der Lösung beschritten — gerade umgekehrt wie bei uns in Deutschland, wo den Arbeitern von den Agitatoren jeden Tag das eherne Lohngesetz als Dogma gepredigt wird, womit ihnen jede Hoffnung entschwindet. Herr Hasselmann hat heute offener gesprochen als neulich Bebel, aber Vieles sagen die Herren doch nicht, sie scheuen sich, die letzte Konsequenz ihrer Doktrin in Worte zu fassen.

Wenn die Gefahren einen Umfang angenommen, wie bei uns, dann sei die Nation gezwungen, den Ausbruch der Gewalt nicht an sich herankommen zu lassen, sondern demselben bei Zeiten zu begegnen.

Die Nation sei berechtigt, sich zu fragen, ob nicht die Zeit herangekommen sei, wo man die Verführer und Verführten auseinanderreißen müsse, um den Gesinnungsprozeß vorzubereiten. Diese Pflicht und das Recht werde man keiner Nation bestreiten können, vorausgesetzt, daß die Gefahren als so groß anerkannt werden. Und gerade hierüber seien alle Parteien im Hause einerlei Meinung. Das seien die Gründe, die seine Partei veranlaßt hätten, eine andere Stellung der Regierungsvorlage gegenüber einzunehmen, wie im Frühjahr d. J. Angesichts der so offenkundigen Gefahren habe sie sich der Aufgabe nicht entziehen wollen, gemeinschaftlich mit der Regierung und den konservativen Parteien dem Uebel entgegenzutreten; wobei er es dahin gestellt lassen wolle, ob der eingeschlagene Weg auch der einzig richtige ist, aber er sage sich, wolle man noch in diesem Jahre eine Maßregel feststellen, so finde er keinen anderen Weg als den, den die Regierung der Vorlage vorschlägt. — Zum Schluß nimmt Redner von dem gestrigen Ausspruche des Reichskanzlers Akt, daß er die volle Gleichberechtigung der liberalen und konservativen Parteien anerkenne. Er spricht seine Freude über diese unumwundene, offene Erklärung des Herrn Reichskanzlers aus, die um so werthvoller sei, als derselbe sich bisher mehr auf die konservative Partei habe stützen zu müssen geglaubt, Redner hätte gewünscht, daß die Regierung schon im Wahlkampfe diesen Grundsatz befolgt und sich ganz offen auf die konservative Seite gestellt; indessen hofft er, daß die gemeinsame Gefahr auch den gemeinsamen Boden werde finden lassen, auf welchem der Kampf aufgenommen und fortgeführt werden müsse. Redner schließt mit dem Ausspruche, daß die gegenwärtige Zeitlage gerade dazu angethan sei, den Werth unserer Staatsmänner auf die Probe zu stellen und zu zeigen, was sie Großes und Werthvolles ihren Nachkommen hinterlassen. (Lebhaftes Bravo.)

Die Diskussion wird hierauf geschlossen.

Bei der Abstimmung wird zunächst ein Antrag des Abg. Bruel, im § 1 das Wort „sozialistisch" zu streichen, abgelehnt, dagegen das gestern von uns mitgetheilte Amendement Ackermann und Gen., hinter den Worten: „öffentlichen Frieden" die Worte: „insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen" einzuschalten, genehmigt, und in dieser modifizirten Fassung § 1 mit allen gegen die Stimmen der Fortschrittspartei, des Centrums, der Polen, der elsaß-lothringischen Abgeordneten (mit Ausnahme von Nord, der dafür stimmte) angenommen.

§ 1 lautet danach: „Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten. Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten."

Ein Vertagungs-Antrag wird hierauf angenommen.

Schluß $4^1/_2$ Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der 2. Berathung des Sozialistengesetzes.

Deutschland.

** **Berlin**, 10. Oktober. Bekanntlich fanden im Mai und Juni d. J. in Bern unter Delegirten des deutschen Reichs, Oesterreich-Ungarns, Belgiens, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, Rußlands und der Schweiz wegen Vorberathung eines internationalen Eisenbahn-Transportrechts Verhandlungen statt. Jetzt sind dem Bundesrath die aus der Berner Konferenz hervorgegangenen Entwürfe eines internationalen Vertrages über den Eisenbahn-Frachtverkehr nebst Ausführungsbestimmungen zu demselben und eines weiteren Vertrages, betr. die Einsetzung einer internationalen Kommission mit dem Antrage vorgelegt worden, der Bundesrath wolle sich damit einverstanden erklären, daß, vorbehaltlich der Ratifikation und abgesehen von den durch die weiteren Verhandlungen etwa nöthig werdenden Modifikationen, auf der Grundlage dieser Entwürfe Namens des deutschen Reiches ein Vertrag mit den übrigen in der Berner Konferenz vertreten gewesenen Regierungen abgeschlossen wird.

Berlin, 10. Oktober. In einer an die Provinzial-Schulkollegien gerichteten Verfügung weist der Kultusminister das Ueberhandnehmen der Dispensationen vom Musik-Unterricht in den Lehrer-Seminarien hin und erklärt, daß, wenn diesem Verfahren, welches in den bestehenden Bestimmungen keine Begründung finde, nicht entgegen getreten würde, nicht blos ein Rückgang der Lehrerbildung unvermeidlich sei, sondern auch die Volksbildung geschädigt werden würde. Hierzu komme, daß die Seminarien durch Ausbildung einer großen Anzahl von Organisten auch der Kirche Handreichung geleistet hätten und kein Grund vorhanden sei, diesen Dienst jetzt zu versagen. — Die Prüfung der Turnlehrerinnen wird nach Anordnung des Kultusministers in Berlin am 21. November und folgenden Tage stattfinden.

— Einem von dem Papste ausgesprochenen Wunsche gemäß werden im Laufe des Jahres im Venetianischen, in der Lombardei, in Piemont, in Ligurien und in der Emilia und wahrscheinlich auch in Toscana, sowie in der Romagna „regionale Katholiken-Kongresse" abgehalten werden. Der venetianische Katholiken-Kongreß wird am 8. und 9. d. M. in Venedig und der lombardische am 29. und 30. d. M. in Bergamo tagen. Das in Bologna residirende permanente Kongreß-Comitee ist es, welches dieser nicht zu unterschätzenden Katholiken-Bewegung Leben und Thätigkeit einflößt.

— Die vom rumänischen Senat niedergesetzte Kommission hat eine Motion angenommen, worin die Regierung ermächtigt wird, sich dem Berliner Vertrage zu unterwerfen, von der Dobrudscha Besitz zu ergreifen und dieselbe bis zur Einberufung einer konstituirenden Versammlung im Verordnungswege zu administriren. Zum Schluß wird in der Motion die Regierung aufgefordert, sowohl zur definitiven Lösung der Dobrudschafrage, wie der übrigen Fragen des Berliner Vertrages, spätestens binnen drei Monaten der ordentlichen Session eine konstituirende Versammlung einzuberufen. Die Regierung nimmt die Motion an, und glaubt man, daß die Deputirtenkammer eine identische Motion annehmen werde.

— Von der österreichischen Grenze schreibt man der „N. Z." unterm 8. Oktober: Auch ohne den türkischen Protest gegen weiteren Vormarsch der österreichischen Divisionen dürften die Operationen südlich über die Drina hinaus sistirt werden. Die schlechte Jahreszeit rückt immer näher heran und die unwiederbringlich verlorenen Wochen bis zum Eintreffen der Verstärkungen nach dem Tage von Serajewo machen sich um so mehr fühlbar. Da noch außerdem die projektirte Eisenbahnlinie Brod-Serajewo nur mit größter Mühe bis Doboj fertig gestellt werden kann und die Verbindung mit den österreichischen Ländern während des Winters ohnedies sehr erschwert ist, möchte man den türkischen Protest nur als einen Knalleffekt betrachten, um das Ansehen der Pforte gegenüber Albanien wieder etwas zu heben. Zugleich dürfte auch die magyarische Pression unter diesen Umständen alle früher aufgetauchten Ideen an einen Winterfeldzug über Novibazar hinaus gründlich verleidet haben, wiewohl man sich schmeichelte, daß die rauhe Jahreszeit lähmend auf den orientalischen Fanatismus wirken würde, wie es die russisch-serbischen Operationen während der letzten Winterkampagne deutlich bewiesen. Die nachtheiligen Folgen einer mit ungenügenden Kräften von 4 Divisionen unternommenen Okkupationen waren ja auch unausbleiblich. Wäre man gleich Anfangs mit 154 Bataillonen einmarschirt, so konnten die Operationen vielleicht schon bis Novibazar ausgedehnt werden, da der Widerstand der Bosnier erst allmählich eine solche Höhe erreichte. Mit geringeren Opfern an Geld und Blut wäre das Ziel erstrebt und ein so rasch erfolgtes fait accompli hätte seine Wirkung sowohl nach Innen wie nach Außen gewiß nicht verfehlt.

Ausland.

Von der russischen Grenze wird geschrieben: Es gelangen recht merkwürdige Gerüchte aus dem Innern Rußlands zu uns. Die revolutionäre Partei scheint durch die Verstärkung der Polizei in Petersburg und im Reich keineswegs eingeschüchtert worden zu sein. Vielmehr tritt sie sowohl in der Residenz wie in den übrigen größeren Städten des Landes kühner und wirksamer hervor, als jemals früher. Ihre Flugschriften finden den Weg über das ganze Reich hin und fordern offen Beseitigung der herrschenden Dynastie von Holstein-Gottorp oder, wie sie in Rußland heißt, Romanow. Diese „Organe des künftigen Rußland" fahren fort, die Gesellschaft zu warnen, daß sie die Regierung unterstütze, und wie es scheint, finden sie wirklich Gehör, wenigstens hat die Regierung bisher keineswegs sicheren Boden in den politisch denkenden Volksschichten. Die Bestrebungen der Polizei, die Führer der Bewegung zu fassen, sind denn auch von sehr zweifelhaftem Erfolg gewesen. Die Polizei erweist sich als ebenso wenig zuverlässig, wie die Geschworenengerichte, welche über die politischen und nichtpolitischen Verbrechen abzuurtheilen haben. Der Kaiser hält sich in Livadia von den Geschäften fern und wird schwerlich so bald in den Hexenkessel nach Petersburg heimkehren. Dafür erzählt man sich: Der Thronfolger arbeite als Vorsitzender einer dazu niedergesetzten Kommission an dem Entwurf zu einer Verfassung auf liberaler Grundlage für Rußland. So gespannt man auf den Fortgang dieser Arbeiten ist, so wiegt die Aussicht auf konstitutionelles Regiment doch unter der gegenwärtigen Erregung radikaler Art nicht mehr so viel, um dem Nihilismus die Wage zu halten. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß die Gerüchte wieder auftauchen, der Kaiser wolle abdanken. Auch spricht man von Bewegungen, welche darauf abzielten, den Kaiser nöthigenfalls zu diesem Schritte durch Gewalt zu bewegen, falls er ihn nicht freiwillig thut. Es gährt mächtig in dem Riesenreich und es ist keine Hand vorhanden, die Ordnung in die Bewegung zu bringen im Stande wäre.

Paris, 9. Oktober. Der „Moniteur" glaubt zu wissen, daß die letzten Differenzen zwischen den Kabinetten von London und Paris bezüglich der egyptischen Angelegenheit binnen kürzester Frist beglichen werden würden.

Provinzielles.

Stettin, 11. Oktober. Gestern ist der 4. pommersche Provinzial-Landtag von dem Herrn Ober-Präsidenten Freiherrn v. Münchhausen mit folgender Ansprache eröffnet worden:

„Meine hochzuverehrenden Herren! Die Staatsregierung bedarf Ihrer Mitwirkung zur Durchführung der Revision, welcher gegenwärtig nach den gesetzlichen Bestimmungen die Gebäudesteuer-Veranlagung zu unterziehen ist. Außerdem muß von Ihnen, da Sie bis jetzt für die Provinzialverwaltung nur eine einjährige Etatsperiode haben, der Etat für das nächste Rechnungsjahr festgestellt werden. Ist sonach Ihre Berufung erforderlich geworden, so wird doch der Provinzialausschuß zu Ihrer Erwägung verstellen, ob nicht versuchsweise die Etatsperiode etwas weiter zu greifen sei, damit Ihr alljährliches Zusammentreten, falls sich dazu nicht für die Staatsregierung besondere Veranlassung ergiebt, vermieden werden könne. Für diesmal wird Ihre Thätigkeit, wie auch die Staatsregierung, abgesehen von dem erwähnten Gegenstande, nur ein Gutachten in Bezug auf das Provinzialwappen zu erhalten wünscht, noch durch einige wichtigere Vorlagen des Provinzialausschusses in Anspruch genommen werden. Es müssen organische Einrichtungen getroffen werden, um der Provinz die Erfüllung derjenigen Verpflichtungen zu ermöglichen, welche ihr das Gesetz vom 13. März d. J. über die Unterbringung verwahrloster Kinder auferlegt. Daneben ist eine anderweite Gestaltung des Taubstummenwesens in Aussicht genommen, damit die Provinz hierauf den ihren bedeutenden Opfern entsprechenden Einfluß gewinne. Endlich tritt an Sie in Veranlassung eines Gesuches um Unterstützung des Eisenbahnprojektes Altdamm-Colberg von Neuem die Frage heran, ob Sie dem Bau von Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung, welche für Pommern eine große Zukunft haben, ohne Mitwirkung des Staates und der Provinz aber schwerlich zur Ausführung gelangen möchten, in ausreichender Weise zu Hülfe kommen wollen."

Der Herr Oberpräsident sprach dann noch die bestimmte Hoffnung aus, daß der Landtag seine Arbeit mit derselben Hingebung und mit gleich günstigem Erfolge, wie in früheren Jahren zu Ende führen werde. Sollte er dabei seine (Herrn von Münchhausens) Unterstützung irgendwie für förderlich halten, so werde sie ihm an keinem Punkte fehlen.

— Von den Kassen-Kuratoren der Elementar-Lehrer-Wittwen- und Waisenkassen des Stettiner Regierungs-Bezirks und deren Stellvertretern hätten nach § 32 des revidirten Statuts vom 14. Dezember 1870 am 1. Januar 1879 ausscheiden müssen: Als Kurator der Lehrer Bader, als Stellvertreter der Hauptlehrer Zühlke von hier. Dieselben sind durch stattgehabte Ersatzwahl auf die Dauer von 6 Jahren wieder gewählt. Es fungiren demnach: Als Kassen-Kuratoren: der Lehrer Bader bis 1. Januar 1885, der Lehrer Hildebrandt bis 1. Januar 1883, der Lehrer Frey bis 1. Januar 1881. Als Stellvertreter: der Hauptlehrer Zühlke bis 1. Januar 1885, der Lehrer Leese bis 1. Januar 1881, der Lehrer Berg bis 1. Januar 188[illegible].

— Bei der hiesigen Regierungs-Haupt-Kasse ist der Kassen-Assistent Lüdemann zum Buchhalter befördert.

— Betreffs der Verwendbarkeit der bisher von der Reichspostverwaltung ausgegebenen Postkarten im Weltpostvereins-Verkehr ist jetzt nachgelassen worden, daß dieselben, sobald sie genügend frankirt sind (mit 10 resp. 20 Pf.) bis auf Weiteres im internationalen Verkehr zur Absendung gelangen können, doch haben die Postanstalten thunlichst auf den Gebrauch der neuen Karten hinzuwirken. Im Wege der Privat-Industrie hergestellte Postkarten sind vom internationalen Postverkehr ausgeschlossen.

— Gestern Nachmittag erhängte sich auf dem Boden des von ihm bewohnten Hauses Fischerstraße 11, muthmaßlich aus Lebensüberdruß der Restaurateur Stritzel.

— In der Person des Tapeziergehülfen Aug. Ehrenfried Günther ist der Dieb ermittelt, welcher in der Nacht vom 6. bis 7. d. Mts. dem Arbeiter Jahnke eine Uhr entwendet.

— Einem Elisabethstraße 9a wohnhaften Telegraphisten der Berlin-Stettiner Eisenbahn wurde in der Nacht vom 9. bis 10. d. Mts. eine Gans, welche aus dem drei Treppen hoch belegenen Küchenfenster hing, gestohlen.

— Neben dem Liebig'schen Fleischextrakt erscheint im Handel ein gleicher Konsum-Artikel, der Buschenthal'sche Fleischextrakt, welchem eine bedeutende Zukunft gesichert ist. Dieser Extrakt wird in der von unserem Landsmann Buschenthal bei Montevideo errichteten Fabrik nach Liebig'scher Methode unter Benutzung aller praktischen und wissenschaftlichen Erfahrungen hergestellt. Ueber seine vorzügliche Güte haben die gewiegtesten Fachmänner, u. A. der weithin bekannte Professor Dr. A. Stöckhardt, sehr empfehlende Urtheile abgegeben. Der Preis stellt sich gegen den Liebig'schen Extrakt um etwa 25 % billiger. Kein Wunder, wenn erfahrene Konsumenten bereits dem neuen Produkte ihre Kundschaft zugewendet und ihm den Vorzug gegeben haben. Vor Allem wird die stets gleiche Güte, der reine kräftige Geschmack und die große Ergiebigkeit des neuen Fabrikats lobend hervorgehoben. Weshalb sollte auch Buschenthal mit seiner Fabrik nicht dasselbe und mehr leisten, als eine Aktien-Gesellschaft, die „Liebig-Kompagnie" in Fray-Bentos, welche immer noch unter dem Namen des bereits seit Jahren verstorbenen großen Erfinders, von Liebig, arbeitet und gleichwohl ihre Produkte als allein echt bezeichnet. Darum, liebe Hausfrauen, prüfet Alles und wählet das Beste. Das Haupt-Depot des Buschenthal'schen Fleischextrakts für Pommern befindet sich bei Herrn H. Lämmerhirt, Stettin, Krautmarkt.

— Nach dem uns vorliegenden, vom 15. d. Mts. ab in Kraft tretenden veränderten Fahrplan der „Breslau-Schweidnitz-Freiburger Bahn", wird künftig nach Breslau ein Zug Morgens 6 Uhr 45 Minuten (Ankunft in Breslau 5 Uhr 20 Minuten Nachmittags), ein Zug 12 Uhr Mittags (Ankunft in Breslau 10 Uhr 40 Minuten Abends) und nach Cüstrin ein Zug 5 Uhr 40 Minuten Nachmittags (Ankunft 10 Uhr 20 Minuten Abends) von hier abgehen. Der bisher 7 Uhr 25 Minuten Abends nach Königsberg N.-M. gehende Zug fällt aus. — Von Breslau wird täglich nur ein Zug 6 Uhr 20 Minuten Nachmittags, wie früher eintreffen, der Abends 11 Uhr 30 Minuten ankommende Schnellzug fällt aus. Von Königsberg N.-M. kommt ein Zug 7 Uhr 55 Minuten Morgens und von Reppen ein Zug 12 Uhr 50 Minuten Mittags.

Vermischtes.

— Apropos des Todes des Barons Abraham Oppenheim fällt uns eine hübsche Anekdote aus seinem Leben ein. Der Geldfürst hatte ein prächtiges Landgut am Rhein gekauft, das er selbst bewohnte. Daneben nun lag ein kleines Anwesen, dessen Besitzer sich fest einbildete, der Baron müsse sein kleines Grundstück ebenfalls kaufen. Der war denn auch im Grunde nicht abgeneigt — aber der Preis, den man forderte, war mehr dem Vermögen Oppenheims, als dem Werthe des Anwesens angepaßt und darum wurden die Verhandlungen abgebrochen. Was that der verkaufslustige Grundstücksbesitzer? Er etablirte auf seinem Grundstück eine kleine Kneipe, auf deren großem Schild zu lesen war . . . . . „In Abraham's Schooß." Das paßte dem Baron begreiflicher Weise nicht lange, der Handel wurde abgeschlossen — der Zweck war erreicht, denn Baron Oppenheim zahlte, was man von ihm verlangte.

Telegraphische Depeschen.

München, 10. Oktober. Der Chef des Generalstabes, Generallieutenant Graf Bothmer, ist gestorben.

Wien, 10. Oktober. Die „Wiener Abendpost" veröffentlicht die neueste türkische Cirkulardepesche in der von der „Köln. Ztg." gebrachten Version und fügt hinzu, daß dieses Aktenstück sicherlich weder eines Kommentars, noch einer Widerlegung bedürfe, sich vielmehr in jeder Beziehung selbst richte.

Wien, 10. Oktober. Die „Pol. Korr." veröffentlicht folgende Meldungen aus Konstantinopel von heute:

Der russische Botschafter, Fürst Labanoff, hat in einer gestern beim Sultan gehabten Audienz die Ergreifung ausreichender Maßregeln zum Schutze der Christen gegen die Ausschreitungen und Gewaltthätigkeiten der Muselmänner in allen von den Russen geräumten Gebietstheilen verlangt.

Der Engländer Sinclair, der bis jetzt die Rhodope-Aufständischen befehligte, ist von den letzteren vertrieben worden und in Konstantinopel eingetroffen.

Nach einer der Pforte zugegangenen Anzeige hat der Führer der Aufständischen in Kozan, Achmet Pascha, den türkischen Behörden sich unterworfen.

Aus Bukarest von heute: Nach einer nächsten Sonntag stattfindenden Revue werden die zur Besetzung der Dobrudscha bestimmten rumänischen Truppen den Marsch in die Dobrudscha antreten.

Von der Drina-Grenze meldet ein Telegramm von heute: Trotz der Verstärkungen, welche die Insurgenten des Sandjaks Novibazar durch Schaaren von Arnauten aus Ipek, Prischina, Kalkandelen erhalten, ist in Folge der Fortschritte der österreichischen Truppen eine solche Panik in dem genannten Sandjakate eingerissen, daß die Städte Plevelje, Prjepolje, Sienica vollständig zur Unterwerfung bereit sind. Dagegen wird das fortwährende Eintreffen regulärer türkischer Truppen, sowie großer Sendungen von Kriegsmaterial in Mitrovitza und die Verstärkung der türkischen Besatzung in Bjelopolje signalisirt.

Wien, 10 Oktober. Offiziell. Generalmajor Reinländer meldet aus dem Bivouak bei Peci von gestern: Das Zusammentreffen mit den Insurgenten am 6. d. Mts. geschah nicht unvermuthet, indem vorausgesehen wurde, daß im nördlichen Theile der Kraina Widerstand zu erwarten ist. Es waren größtentheils Insurgenten aus Peci, Vernograc, Buzim und Jezerski, welche durch Räuberbanden aus unwegsamen Bergen unterstützt wurden. Dieselben wurden im Gefechte zersprengt und erlitten sehr große Verluste; in der ganzen Umgegend von Peci und Todorovo werden nun die Waffen niedergelegt. Gleiche Nachrichten kommen von Kladus und Podzwizd, von Vernograc und Buzim fehlen noch Nachrichten. Die bedeutenden Verluste unserer Truppen erklären sich durch die große Ausdehnung der von den Insurgenten besetzten Position und durch die äußerst schwierigen Bodenverhältnisse. Heute, am 9. d., durchstreife ich die Gegend bis Podzwizd und morgen die Gegend bis Vernograc.

Prag, 10. Oktober. Bei der gestern im Altstädter Mühlenkomplexe ausgebrochenen Feuersbrunst sind drei Getreidemühlen, eine Schleifmühle und der städtische Wasserthurm vollständig ausgebrannt; die Novotnys-Komplexe wurden gerettet. Der verursachte Schaden ist sehr groß; die Gebäude waren meist bei der städtischen Assekuranz versichert.

Triest, 10. Oktober. Der Feldzeugmeister, Herzog von Würtemberg, hat der hiesigen Handelskammer und der Handelskammer in Spalato von der Eröffnung einer gesicherten Verbindung zwischen Dalmatien und Trawnik Mittheilung gemacht und beide Handelskammern zum Anknüpfen von Handelsverbindungen, namentlich in den für die Truppengarnisonen in Bosnien erforderlichen Handelsartikeln aufgefordert.

London, 10. Oktober. Seitens des Kriegsministeriums ist gestern die sofortige Besetzung mehrerer wichtiger Posten in der englisch-indischen Armee angeordnet worden. Außerdem wurden bereits politische Agenten ernannt, welche dem Generalkommandanten beigegeben werden.

Konstantinopel, 10. Oktober. Die Pforte will, nachdem sie die Konvention mit Oesterreich zurückgewiesen, nur Verhandlungen pflegen, deren Grundlage die Anerkennung ihres ungeschmälerten Souveränetätsrechts in Bosnien ist. Sie kehrt gewissermaßen zu einem Standpunkte zurück, von dem aus sie vor den Beschlüssen des Kongresses mit Oesterreich verhandelte.